

PRESSEMITTEILUNG 04/2019
des Würzburger Flüchtlingsrats
- zur sofortigen Veröffentlichung -



Geschäftsstelle

Jürgen Heß
Augustinerkloster
Dominikanerplatz 2
97070 Würzburg

Tel.: +49 175 2182164
info@wuerzburger-fluechtlingsrat.de
www.wuerzburger-fluechtlingsrat.de

Pressemitteilung des Würzburger Flüchtlingsrates
zum Artikel: „Viele Flüchtlinge unter jungen Straftätern“, MAIN POST vom
02.10.2019

Junge Flüchtlinge sind in der Würzburger Statistik der Straftaten überrepräsentiert. Gut, dass der Hintergrund dieser Zahlen thematisiert und kritisch betrachtet wird und die möglichen Ursachen dafür benannt werden. Dem Phänomen liegen Fakten zugrunde, die viel zu lange kaum Beachtung fanden und die auch heute noch zum Teil nur erklärend angeführt werden. Doch dadurch allein ändert sich nichts! Junge Flüchtlinge sind z.T. beträchtlichen systemischen Hürden ausgesetzt und werden von den Mühlen der Asylpolitik zermürbt. Viele von ihnen sind von einem lang andauernden Asylverfahren belastet, einer verstörenden Zeit der Ungewissheit. Je nach Entscheidungen der Ausländerbehörden müssen sie mitunter verkraften, anders als ihre Mitschüler keine Ausbildungserlaubnis zu bekommen, ganz gleich, wie sehr sie sich angestrengt haben. Ihre Familie, so sie denn überhaupt eine vor Ort haben, ist kein Stabilitätsanker, wenn sie selbst um ein Bleiberecht bangen muss. Perspektivlosigkeit, Arbeitsverbote und Verweigerungen von Sprachkursen erfahren sie dann bei sich oder in der Familie als willkürliche Schranken, die das weitere Fortkommen verhindern – anders als bei fast allen anderen Jugendlichen um sie herum. Da nützt es nicht, diese grundlegenden Missstände und Hemmnisse nur zu benennen und hinzunehmen. Eine fundamentale Wende muss hier seitens der Kommunen als Orten des Gelingens oder Scheiterns der Integration von der Bundes- und Landespolitik eingefordert werden.

Vielen unbegleiteten jungen Geflüchteten, die aus der Obhut der Jugendhilfe kommen, wird mit Erreichen der Volljährigkeit die harte, unpersönliche Realität großer Sammelunterkünfte zugemutet. Zudem bricht in dieser Zeit meistens die Fürsorge der Jugendhilfeträger weg und der Zugang zu therapeutischer Hilfe wird bedeutsam erschwert. Trotz aller anerkennenswerten Bemühungen der Stadt, diesen Schnitt abzufedern, sind ihm die wenigsten gewachsen.

Geschäftsstelle

Jürgen Heß
Augustinerkloster
Dominikanerplatz 2
97070 Würzburg

Tel.: +49 175 2182164
info@wuerzburger-fluechtlingsrat.de
www.wuerzburger-fluechtlingsrat.de

Der Verweis auf Erfahrungen aus den 90er Jahren mit der Integration junger „Russlanddeutschen“ ist hier nur bedingt angebracht, da diese Gruppe ein sicheres Bleiberecht hatte, keine Angst vor Abschiebung haben musste, in der Regel im Familienkollektiv kam und durch keine traumatisierenden Erlebnisse aus Krieg und Flucht belastet war. Der grundlegend anderen Ausgangslage junger Geflüchteter muss mit intensiven langfristigen Maßnahmen begegnet werden. Hier sollte die Stadt im Rahmen ihres umfangreichen Integrationskonzepts die Unterstützung beherzt ausbauen und sich mit dem Städtetag auf politischer Ebene dort Gehör verschaffen, wo übergeordnete Restriktionen die erfolgreiche Integration eines jeden jungen Menschen verhindern.

Sozialpädagogische und schulpsychologische Dienste an Schulen müssen schnellstens besetzt, ausgebaut und verfestigt werden. Darauf hat der Würzburger Flüchtlingsrat bereits deutlich hingewiesen. Integration ist kein kurzfristiges Projekt, sondern ein langfristiger Prozess, wie die Stadt selbst zurecht feststellt. Daher ist gerade an Schulen sozialpädagogische und schulpsychologische Kontinuität wichtig; befristete Arbeitsverhältnisse mit immer neu einzuarbeitenden Sozialpädagog*innen sind dort kontraproduktiv.

Der ungehinderte Zugang zu Schule, Lernen und Ausbildung und damit die Hoffnung auf einen selbstbestimmten Lebensweg darf niemanden verwehrt bleiben. Auch jenen mit sog. geringer Bleibeperspektive muss die Chance auf Struktur, Bildung und Perspektive gewährt werden. Dieses Menschenrecht muss in Deutschland und in Würzburg endlich Normalität für jeden jungen Menschen werden, egal welchen Aufenthaltsstatus, Pass oder welche Herkunft er hat! Die Verweigerung dieses Menschenrechts fällt auf die ganze Gesellschaft zurück, nicht zuletzt auch davon zeugt die angeführte Kriminalitätsstatistik.

Der Würzburger Flüchtlingsrat begrüßt, dass sich die Stadt Würzburg an vielen Stellen bemüht, ihren Beitrag zu einer guten Integration junger Geflüchteter zu leisten. Die Kriminalstatistik und deren Interpretation bedarf jedoch einer weiteren interdisziplinären Analyse und daraus abgeleiteter konkreter Schritte auf kommunaler, vor allem aber auf politischer Ebene, um jungen Menschen einen guten Start in ihr Leben zu ermöglichen und alles dafür zu tun, dass sie keine Zahl in dieser Statistik werden. Kriminalität bei jungen Menschen ist ein Symptom persönlicher Belastungen, struktureller und politischer Versäumnisse und Missstände und darf nicht mit der Herkunft der Betroffenen begründet werden!